

Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 90 (1999)

Heft: 8

Rubrik: Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

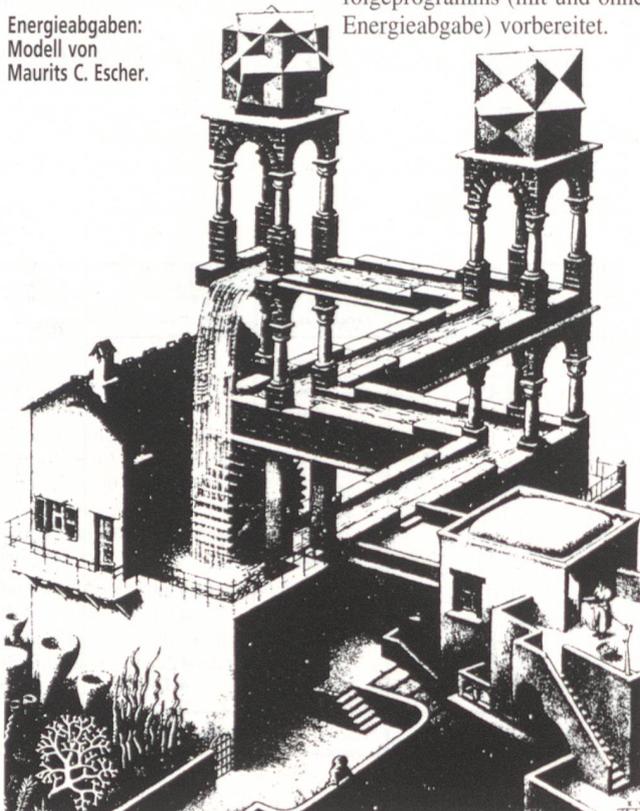


Politik und Gesellschaft Politique et société

Nachfolgeprogramm «Energie 2000» und Energieabgabe

(efch) Das Aktionsprogramm «Energie 2000» soll im nächsten Jahr sukzessive in sein Nachfolgeprogramm überführt werden; der Bundesrat hat das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) beauftragt, noch in diesem Jahr dieses Nachfolgeprogramm mit den bisherigen Schwerpunkten rationelle Energieverwendung und Einsatz erneuerbarer Energien auszuarbeiten. Dabei sollen die freiwilligen Massnahmen fortgesetzt und verstärkt werden. Die Erfahrungen, welche in den letzten acht Jahren mit «Energie 2000» gesammelt wurden, sind zu nutzen und die neuen rechtlichen Rahmenbedingungen zu

Energieabgaben:
Modell von
Maurits C. Escher.



berücksichtigen. Das Nachfolgeprogramm stützt sich insbesondere auf das am 1. Januar 1999 in Kraft getretene Energiegesetz, die zugehörige Energieverordnung und das in parlamentarischer Beratung stehende CO₂-Gesetz. Gemäss Energiegesetz können private Organisationen für den Vollzug beigezogen werden, gemäss CO₂-Gesetz freiwillige Vereinbarungen, vor allem mit Grossverbrauchern, getroffen werden.

Der Bundesrat will das Nachfolgeprogramm mit einer zweckgebundenen Energieabgabe wesentlich verstärken. Die Ziele, Fördermöglichkeiten und -programme, aber auch die Strukturen des Nachfolgeprogramms werden davon abhängen, ob und wann eine solche zweckgebundene Energieabgabe realisiert werden kann. Vorderhand werden beide Varianten eines Nachfolgeprogramms (mit und ohne Energieabgabe) vorbereitet.

Breite Allianz für Energieabgabe

(efch) Eine breite Allianz aus Politik, Kantonen und Wirtschaft verlangen eine ausreichende Energieabgabe. Die von der Ständeratskommission festgesetzte Abgabehöhe von 0,2 Rappen pro Kilowattstunde auf nichterneuerbaren Energien sei ungenügend, da 300 Millionen Franken jährlich für die Förderung der erneuerbaren Energien, die rationelle Energienutzung und die Erneuerung der Wasserkraft nicht ausreichen würden. Die Energieabgabe sei zudem eine zwingende Voraussetzung für eine rasche Liberalisierung des Strommarktes. Dabei soll die Energieabgabe entgegen dem ständerätlichen Vorschlag auch zur Finanzierung der Nicht Amortisierbaren Investitionen (NAI) von Wasserkraftwerken eingesetzt werden.

Energieabgabe: positive Auswirkungen?

(m/bfe) Gemäss einer Studie vom Bundesamt für Energie (BFE) würde eine Energieabgabe zu deutlichen Umweltverbesserungen führen. Würden ihre Erträge für die Senkung der Lohnnebenkosten eingesetzt, wären die Auswirkungen auf Wertschöpfung und Beschäftigung positiv. Erfolgen Pro-Kopfrückerstattungen, würden die Budgets der Haushalte mehr entlastet. Der Einfluss einer Energieabgabe auf die Einkommensverteilung sei gering, so die am 4. März veröffentlichte Studie.

Im Rahmen der Botschaft zur «Energie-Umwelt-Initiative» und zur «Solar-Initiative» hat das BFE Untersuchungen über die volkswirtschaftlichen Auswirkungen von Energieabgaben veranlasst. Die interdepartementale Arbeitsgruppe «Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherungen» befasste sich ihrerseits mit den wirtschaftlichen Wirkungen ei-

Der Blitzableiter



Gutachten

Pseudowissenschaftliche Gutachten zur negativen Beeinflussung der öffentlichen Meinung sind so lange eines breiten Interesses der Medien sicher, wie sich ihre Inhalte nicht als eindeutig falsch erwiesen haben. Dem Versuch, einer breiten Öffentlichkeit wissenschaftliche Fakten in allgemeinverständlicher Sprache plausibel zu machen, sind Grenzen gesetzt. Hieraus wird deutlich, dass die Berichtigung wissenschaftlich verbrämter Horrormeldungen oft weitaus schwieriger zu vermitteln ist als ihre ursprüngliche Verbreitung in einfacher Sprache. Und auf Gegengutachten folgen Gegen-Gegengutachten usw. Diese Methodik wird seit Jahrzehnten erfolgreich zur negativen Darstellung der Kernenergienutzung missbraucht. Dabei fällt auf, dass die vermeintliche Gefährdung der Bevölkerung in Reaktornähe immer im Mittelpunkt der Kritik steht, während die unmittelbar vor Ort beschäftigten Wissenschaftler, Ingenieure, Sicherheitsexperten und Reaktorfahrer von der «Anteilnahme» ausgeschlossen werden. Man beachte bei diesen «Gutachten» auch die Fachrichtung der zeichnenden Professoren und Doktoren, die meist von einer völlig anderen Welt stammen als die der Energie.

B. Frankl

ner Energiesteuer als möglicher Finanzierungsquelle für die Sozialversicherungen.

Untersucht wurden zwei Hauptvarianten. Die eine Variante unterstellt eine *ökologische Steuerreform* mit einer jährlichen Energiepreiserhöhung von 3,5% bei fossilen Energien und 2% bei Elektrizität (analog zur Energie-Umwelt-Initiative) und einer Rückerstattung der Einnahmen an Haushaltungen und Unternehmen. Die andere Variante sieht eine *Lenkungsabgabe* mit einem Abgabesatz von 0,6 Rp./kWh vor. Zwei Drittel der Mittel würden für die Energiepolitik zweckgebunden, ein Drittel würde für die Senkung von Lohnnebenkosten eingesetzt.

Die wichtigsten Ergebnisse der Studie können wie folgt zusammengefasst werden:

- Generell führen die Energieabgaben zu relativ geringen Umverteilungen zwischen den Einkommensklassen. Für die meisten Haushalte übersteigt die Belastung in keinem Szenario die Grenze von jährlich 250 Franken oder 0,5% des Einkommens. Die Wirkung auf das Einkommen hängt dabei von der Mittelverwendung ab: Bei einer Pro-Kopf-Rückverteilung werden die unteren Einkommen bessergestellt, da ihnen prozentual zum Einkommen mehr rückerstattet wird. Umgekehrt profitieren bei einer Senkung der Lohnnebenkosten (Senkung der Sozialversicherungsbeiträge) die höheren Einkommen.
- Allfällige unerwünschte regionale Auswirkungen auf die Wirtschaft können mit geeigneten Erleichterungen

für energieintensive Branchen weitgehend begrenzt werden.

- Die positivsten gesamtwirtschaftlichen Ergebnisse, besonders bezüglich der Wertschöpfung und der Beschäftigung, sind zu erwarten, wenn die Erträge für die Senkung der Lohnnebenkosten eingesetzt werden und somit eine verzerrende Steuer vermindert wird. Auch die Verwendung eines Teils der Mittel für die Förderung erneuerbarer Energien und der rationalen Energieverwendung führt, zumindest bei tiefen Abgabesätzen, zu positiven wirtschaftlichen Auswirkungen.
- Die Einführung einer Energieabgabe führt insgesamt zu relativ bescheidenen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen. Die Abweichungen vom Referenzszenario (ohne Energieabgabe) liegen für alle Szenarien unter 0,5%.
- Alle Szenarien führen zu Einsparungen beim Energieverbrauch und somit zu Umweltverbesserungen.

HSK unter der Lupe

(uvek) Experten der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) haben der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) gute Noten in den Bereichen Sicherheitsanalysen, technische Begutachtungen, Strahlenschutz und Notfallbereitschaft erteilt. Gleichzeitig empfehlen sie, die Anstrengungen der HSK bei Inspektionen in den Kernanlagen und bei der Aufsicht über die Transporte radioaktiver Stoffe zu intensivieren und die bereits begonnene Umsetzung

Der neue Energieartikel in der Bundesverfassung

(efch) Am 18. April hat das Schweizer Volk über die neue Bundesverfassung abzustimmen. Der Energieartikel, die Artikel über Kernenergie, Transport von Energie und Schutz der Gesundheit, lauten neu wie folgt:

Art. 89 Energiepolitik

- 1 Der Bund und Kantone setzen sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten ein für eine ausreichende, breit gefächerte, sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung sowie für einen sparsamen und rationellen Energieverbrauch.
- 2 Der Bund legt die Grundsätze fest über die Nutzung einheimischer und erneuerbarer Energien und über den sparsamen und rationellen Energieverbrauch.
- 3 Der Bund erlässt Vorschriften über den Energieverbrauch von Anlagen, Fahrzeugen und Geräten. Er fördert die Entwicklung von Energietechniken, insbesondere in den Bereichen des Energiesparens und der erneuerbaren Energien.
- 4 Für Massnahmen, die den Verbrauch von Energie in Gebäuden betreffen, sind vor allem die Kantone zuständig.
- 5 Der Bund trägt in seiner Energiepolitik den Anstrengungen der Kantone und Gemeinden sowie der Wirtschaft Rechnung; er berücksichtigt die Verhältnisse in den einzelnen Landesgegenden und die wirtschaftliche Tragbarkeit.

Art. 90 Kernenergie

Die Gesetzgebung auf dem Gebiet der Kernenergie ist Sache des Bundes.

Übergangsbestimmung

Bis zum 23. September 2000 werden keine Rahmen-, Bau-, Inbetriebnahme- oder Betriebsbewilligungen für neue Einrichtungen zur Erzeugung von Kernenergie erteilt.

Art. 91 Transport von Energie

- 1 Der Bund erlässt Vorschriften über den Transport und die Lieferung elektrischer Energie.
- 2 Die Gesetzgebung über Rohrleitungsanlagen zur Beförderung flüssiger oder gasförmiger Brenn- oder Treibstoffe ist Sache des Bundes.

Art. 118 Schutz der Gesundheit

2c Er (Der Bund) erlässt Vorschriften über den Schutz vor ionisierenden Strahlen.

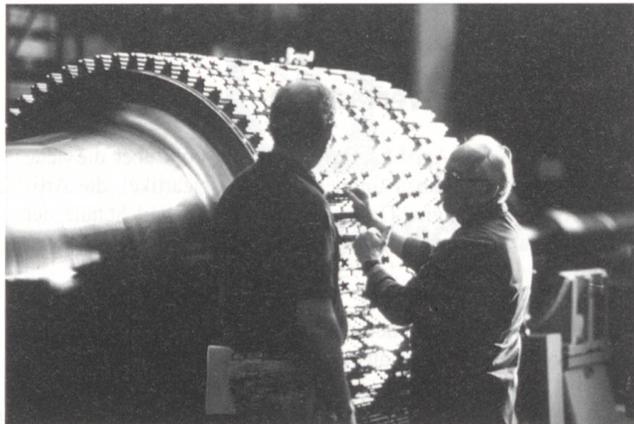
zu beschleunigen. Um die Unabhängigkeit der HSK zu garantieren, sollen gemäss den IAEA-Fachleuten die gesetzlichen Grundlagen angepasst werden.

Das Umfeld, in welchem die HSK operiert, ist starken Veränderungen unterworfen: Alterung der Kernanlagen, abnehmendes Fachwissen, politische Akzeptanz und Marktöffnung bilden neue Herausforderungen. Aufgabe der HSK ist unter den sich ändernden Bedingun-

gen die Aufsicht über die schweizerischen Kernanlagen in Bezug auf die nukleare Sicherheit und den Strahlenschutz weiterhin kompetent auszuüben. Diese umfasst alle Aspekte von der Konzeption über die Projektierung und den Bau bis zum Betrieb und zur späteren Stilllegung dieser Anlagen. Neben Kernkraftwerken gehören auch die Behandlung der radioaktiven Abfälle und der Transport radioaktiver Stoffe dazu.

Mit Vorsicht zu geniessen

(m) *Uralte Erkenntnisse der Wirtschaftswissenschaften – die leider immer wieder «vergessen» werden – lehren uns, dass zu hohe Steuern und Abgaben gesamtwirtschaftlich nie von Nutzen gewesen sind. Da die Belastungen bei den Energieträgern insbesondere in Hinblick auf die Liberalisierung der Märkte bereits sehr hoch sind, müssen Studien mit solch positiven Angaben zu Energieabgaben mit Vorsicht genossen werden. Dies besonders, wenn kaum Nachteile aufgeführt werden.*



Die Schweizer Maschinenindustrie erreichte 1998 einen Gesamtumsatz von 66 Mrd. Franken (Bild ABB).

Maschinenindustrie: 40 Prozent Zweite Jahres- hälfte 1998 trübt Gesamtbild des Stroms in der Schweiz aus Kernkraftwerken

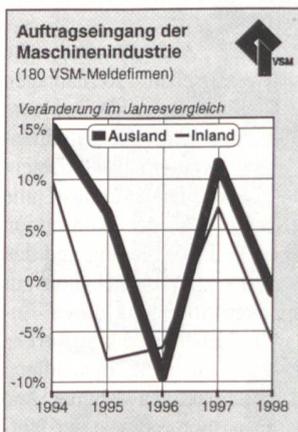
(vsm) Nach einem Rückgang im 3. Quartal waren die Auftragseingänge in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie mit einem Minus von 13,8% auch im 4. Quartal 1998 rückläufig. Der durch die direkten und indirekten Auswirkungen der Asienkrise verursachte Wachstumsdämpfer führt auf Jahresbasis im Vergleich zum Vorjahr zu einem leichten Rückgang der Auftragseingänge um 2,6%. Mit 50,5 Mrd. Franken übertrafen die Exporte der Branche 1998 erstmals die 50-Mrd.-Marke. Die – zumindest vorübergehend – nachlassende konjunkturelle Stärke der OECD-Staaten und die Krise in Asien sowie in den lateinamerikanischen Staaten lassen darauf schliessen, dass 1999 kein Wachstumsjahr wird.

(sva) Mit ihrem erneut hohen Atomstromanteil von 40% an der gesamten Stromproduktion lag die Schweiz auch 1998 wieder im Mittelfeld der Staaten mit eigener Atomstromproduktion. Gemäss den vorläufigen Zahlen aus rund einem Dutzend Ländern lag im vergangenen Jahr in Westeuropa erneut Frankreich mit rund 76% Anteil an der Gesamtproduktion an der Spitze. Belgien mit 55% und Schweden mit 46% belegen die nächsten Plätze. Auf die Schweiz folgt Spanien mit 37%, Deutschland mit 33% und Finnland mit 27%.

In Mittel- und Osteuropa führt Litauen mit 77% vor der Ukraine mit 44%, der Slowakei mit 40% und Armenien mit 25%. Aus Übersee sind erst die Werte für Südkorea (42%) und Indien (2%) bekannt.

Grüne schiessen sich ins eigene Bein

(sva) Mit ihrer Meinung, der Ausstieg aus der Atomenergie sei die notwendige Voraussetzung für eine Energiewende hin zu einer nachhaltigen Energiepolitik, schiessen sich die Umweltschützer ins eigene Bein: Dank der Wasserkraft mit einem Anteil von rund 60% an der inländischen Stromproduk-



Auftragseingang Maschinenindustrie.

Energienotizen aus Bern



Verordnungsentwurf über nichtionisierende Strahlung in der Vernehmlassung

(d) Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie, Kommunikation (Uvek) hat am 16. Februar einen Verordnungsentwurf zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung bis zum 15. Mai in die Vernehmlassung geschickt. Es empfiehlt den Entwurf bereits vor dem Inkrafttreten als Richtlinie.

Die Verordnung enthält Anforderungen an elektrische Freileitungen, Transformatorstationen, elektrische Hausinstallationen, Eisenbahnen sowie Sende- und Radaranlagen. Bei solchen Anlagen entstehen oft Interessenskonflikte zwischen den Nutzinteressen der Anlagenbetreiber und dem Schutzanspruch der von der Strahlung betroffenen Bevölkerung. Die Meinungen über das adäquate Schutzniveau gehen dabei stark auseinander. Dies insbesondere, weil die Bedeutung von schädlichen Langzeitwirkungen nichtionisierender Strahlung je nach Standpunkt der Personen unterschiedlich eingeschätzt wird. In letzter Zeit ist vor allem im Zusammenhang mit dem Bau zahlreicher Mobiltelefonsender eine gewisse Beunruhigung wegen befürchteter gesundheitlicher Auswirkungen feststellbar. Eine rechtsverbindliche Regelung sei daher dringend nötig, so Bundesrat Moritz Leuenberger in seinem Schreiben.

Erfolgskontrolle in der Energiepolitik

(bfe) Das Bundesamt für Energie (BFE) lässt die Wirkungen energiepolitischer Massnahmen des Aktionsprogramms «Energie 2000» regelmässig durch unabhängige Institute überprüfen. Die Untersuchungen helfen, Stärken und Schwächen auszu-leuchten, bei allen Beteiligten Lernprozesse auszulösen und den Einsatz der vorhandenen Mittel zu optimieren. Das BFE veröffentlichte vier weitere solcher Untersuchungen.

Bisher sind 44 Untersuchungen zur Wirksamkeit energiepolitischer Massnahmen und Aktionen durchgeführt worden, die zu zahlreichen Verbesserungen geführt haben.

Auch die vier am 17. Februar veröffentlichten Evaluationen betreffen:

- das Programm «Energienstadt» in der Westschweiz
- die regionalen Stützpunkte des Ressorts Wohnbauten
- die Aktion «Energie-Management» des Ressorts Spitäler
- die Strategie des Ressorts Dienstleistungen

CO₂-Gesetz zum Dritten

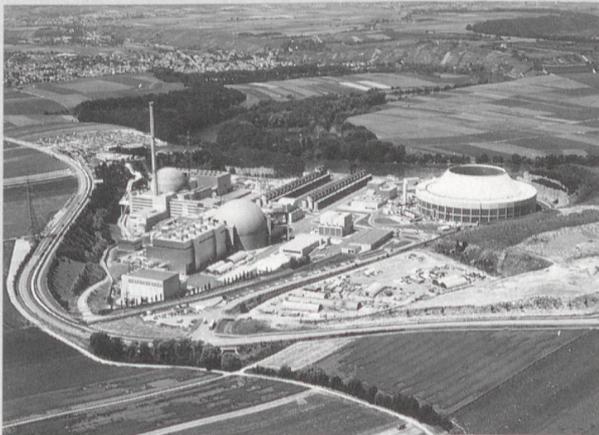
(v) Der Ständerat hat zum dritten Mal an der Erhebungs-kompetenz der Exekutive festgehalten, das heisst, der Bundesrat und nicht das Parlament soll die CO₂-Abgabe auslösen, wenn das Reduktionsziel für Kohlendioxid verfehlt wird. Nach Meinung der Ständeratsmehrheit ist die Erhebung der CO₂-Abgabe ein reiner Vollzugsentscheid. Das Geschäft geht nun ein letztes Mal in den Nationalrat – bei Nichteinigung der Kompetenzfrage wird eine Einigungskonferenz durchgeführt.

Dispute entre «Länder»

(ep) La volonté de se débarrasser de l'atome porte les germes d'une fracture entre les différentes régions de l'Allemagne. On assiste à l'émergence d'une forte résistance dans les Etats du sud, conservateurs et riches, et de nouveaux espoirs au nord, où l'on se prend à rêver d'un boom des énergies renouvelables. De son côté, le Gouvernement rose-vert du Schleswig-Holstein proclame sa foi dans le gaz et le charbon.

Pronucléaires convaincus, les deux grands Länder du sud, la Bavière et le Bade-Wurtemberg, ont déclaré la guerre au projet du gouvernement de fermer prématurément les dix-neuf réacteurs allemands. C'est sur le terrain juridique qu'ils entendent livrer bataille, envisageant de saisir les juridictions allemandes et européennes. Leur principal argument: une sortie anticipée violerait le Traité Euratom, qui engage ses signataires à favoriser le développement du nucléaire civil.

Comme la plupart des adversaires de l'abandon du nucléaire, ces Länder s'appuient sur un scénario de l'Institut énergétique de Brême, qui chiffre à 145 milliards d'euros le coût global pour l'économie allemande d'une fermeture des centrales d'ici à la fin de 2004. Quant aux pertes d'emplois, leur nombre s'élèverait dans les prochaines décennies à 150 000, dont 38 000 directement liées au nucléaire.



Centrale Neckarwestheim (1225 MW, Bade-Wurtemberg).

tion und der Atomenergie mit einem Anteil von rund 40% ist die Schweiz nach wie vor in der privilegierten Lage, ihren Strom praktisch CO₂-frei herzustellen. Dies wäre bei einem Ausstieg aus der Atomenergie nicht mehr möglich, wie die schweizerische Vereinigung für Atomenergie (SVA) zur Pressekonferenz der Grünen Partei der Schweiz in Bern festhält.

Realistischerweise kämen als Ersatz für die bestehenden Kernkraftwerke bei einem Ausstieg der Schweiz nur Importe von ausländischem Strom (hergestellt in fossilen Anlagen oder Kernkraftwerken) oder die inländische Produktion in fos-

silien Anlagen (Gas-Kombi-Kraftwerken) in Betracht. Die SVA weist zudem die Forderung, Kernkraftwerke seien rasch stillzulegen, vehement zurück. Im Interesse des Umweltschutzes ist vielmehr der langfristige wirtschaftliche und sichere Betrieb der bestehenden Kernkraftwerke anzustreben.

Prolongation nucléaire

(ep) «L'augmentation de la production d'électricité et la prolongation de la durée de vie des neuf centrales nucléaires en activité doivent jouer un rôle

clé pour la réduction projetée des émissions de gaz à effet de serre», vient de déclarer M^{me} Isabel Tocino, ministre espagnole de l'environnement.

Erste Stufe der Ökosteuer vom deutschen Bundestag verabschiedet

Der deutsche Bundestag hat die erste Stufe der ökologischen Steuerreform beschlossen. Auf den 1. April wird die Mineralölsteuer erhöht, und zwar bei Benzin um 6 Pfennige je Liter, bei Heizöl um 4 Pfennige je Liter und bei Gas 0,32 Pfennige je Kilowattstunde. Ermäßigte Sätze gelten unter anderem für das produzierende Gewerbe sowie für die Land- und Forstwirtschaft. Neu eingeführt wird eine Elektrizitätssteuer mit einem Basissatz von 2 Pfennige je Kilowattstunde, der für Nachtspeicherheizungen sowie für Eisenbahn und Elektrobusse halbiert wird. Das produzierende Gewerbe profitiert wiederum von einer auf 20% des Basissatzes reduzierten Elektrizitätssteuer.

Deutsche «Atom-Runde» verschoben

(d) Die für den 9. März vorgesehene zweite Runde der Energiekonsensgespräche zwischen der Deutschen Regierung und der Industrie wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Zuerst soll in mehreren Untergruppen über Restlaufzeiten für die 19 deutschen Kernkraftwerke beraten werden. Am gleichen Tag protestierten in Bonn über 10 000 Gewerkschafter gegen einen drohenden Stellenverlust bei einem Atomausstieg.

Umstrittene europäische Energiesteuer

(d) Das Europäische Parlament bleibt in der Frage der seit langem umstrittenen Energiesteuer weiterhin uneins. Die

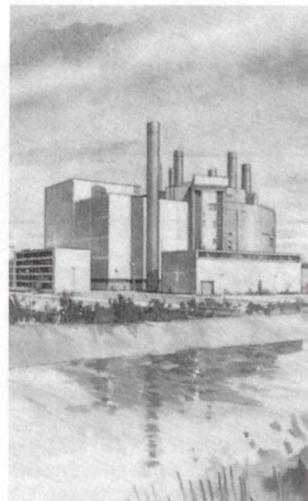
20 Millionen Tonnen Öl verloren

(d) Bei Förderung und Transport von Erdöl sind 1998 in Russland etwa 20 Mio. t, rund 6,5% der gesamten Ölförderung, durch Lecks und Havarien «verloren» gegangen.

Abgeordneten wiesen am 9. Februar in Strassburg einen Antrag mit EU-weiten und harmonisierten Mindeststeuersätzen in die Ausschüsse zurück.

Erster «Euroreaktor» noch in diesem Jahr?

(sva) Die Kernenergie ist in Frankreich weiterhin für die Strom-Grundlastproduktion notwendig. Dies ist eine der Schlussfolgerungen aus einem parlamentarischen Bericht in Frankreich. Der Bericht fordert das staatliche französische Elektrizitätsversorgungsunternehmen EDF auf, noch dieses Jahr ein erstes Kernkraftwerk mit einem neuen «Europäischen Druckwasserreaktor» zu bestellen. Dieser Reaktor des Typs EPR, ein Gemeinschaftswerk der französischen und der deutschen Industrie, soll einen Grundstein für die sich abzeichnende Erneuerung des EDF-Kernkraftwerkparcs bilden.



Modellskizze des «Europäischen Druckwasserreaktors» EPR.